

Stellungnahme

der Senatsbaudirektorin

Regula Lüscher

**zur Anhörung im Haushaltsausschuss
des Deutschen Bundestages am 2.2.2015**

zu der geplanten Errichtung eines Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts

Der Senat von Berlin begrüßt die Entscheidung des Bundes, ein Museum für die Kunst des 20. Jhd. im Kulturforum am Standort Potsdamer Straße zu errichten. Dieses Museum wird eine große Bereicherung für Berlins Kultur werden. Das Land Berlin wird den Bund bei der Realisierung des Vorhabens nach Kräften unterstützen. Sowohl auf politischer, wie auch fachlicher Ebene ist ein gemeinsames Vorgehen dazu bereits vereinbart.

Im Jahr 2006 wurde ein Masterplan zur Weiterentwicklung des Kulturforums durch das Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossen. Wesentliches Ziel dieser Planung war die Aufwertung des öffentlichen Raumes im Kulturforum. Dazu wurde das Freiraumarchitekturbüro Valentien + Valentien Mitte 2009 mit einer Überarbeitung ihres Wettbewerbsentwurfs von 1998 beauftragt, der in einem Workshopverfahren mit den Anrainern und den Bürgern optimiert wurde. Der Masterplan wurde daraufhin am 31.3.2011 angepasst.

Die Planung für den öffentlichen Raum ist modular aufgebaut, Daher kann zunächst der 1. Bauabschnitt, das Umfeld der Philharmonie, realisiert werden. Ein Museum für die Kunst des 21. Jhd. kann innerhalb des Freiraumkonzeptes problemlos integriert werden. Die Planung ist offen genug, dass Ergebnisse eines Realisierungswettbewerbes zu Anordnung und Gestaltung im Umfeld des Museums einbezogen werden können. Der im Grundsatz weiterhin tragfähige Planungsgrundsatz, im Zentrum des Kulturforums einen freien Platz zu schaffen, der einerseits die fußläufige Erreichbarkeit aller Einrichtungen im Kulturforum leistet, andererseits als kulturell nutzbarer Ort fungieren kann, bleibt Vorgabe für die weitere Planung. Das geplante Museum nimmt hierbei eine tragende Rolle ein, daher sollten öffentlichkeitswirksame Nebennutzungen, wie Gastronomie, Museumsshop und ein Besucherzentrum für das gesamte Kulturforum hier integriert werden.

Das für die Realisierung eines Museums im Kulturforum erforderliche Bebauungsplan-Verfahren (1-35 ba) wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt. Ein Aufstellungsbeschluss wurde bereits gefasst. Der Geltungsbereich wird auch die Neue Nationalgalerie und das Grundstück an der Sigismundstraße umfassen, um eine größtmögliche Planungsfreiheit sicherzustellen.

Ein qualifiziertes Wettbewerbsverfahren für diese herausragende und schwierige Bauaufgabe inmitten eines Ensembles hochkarätiger Solitärbauten ist zwingend erforderlich. Eine enge Verknüpfung mit einem Vergabeverfahren für ein Baukonsortium führt, bei allem Verständnis für den Wunsch nach einer Straffung der notwendigen Verfahren, zu einer nicht zielführenden Verengung der architektonischen Alternativen. Bei der auch denkmalfachlich unstrittig besonderen Situation und der öffentlichen Diskussion bei Eingriffen in diesen Ort, kann nur ein klar getrenntes konkurrierendes Verfahren für die Architektur, bei der auch die städtebauliche Einfügung und Verknüpfung mit dem öffentlichen Raum thematisiert werden muss, zu einem tragfähigen Ergebnis führen. Damit sich hochkarätige Architekturbüros am Verfahren beteiligen, muss sichergestellt werden, dass erstens der vom Preisgericht ausgewählte Entwurf zur Umsetzung kommt und zweitens, dass Projektverfasser auch in der Ausführung konzeptionell und gestalterisch eine federführende Rolle behalten.